



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung,  
Digitalisierung und Gesundheit  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-Mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3314  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 04.11.2021

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit  
am Dienstag, 9. November 2021, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS: Es wird empfohlen, einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.09.2021

2. 21-F-15-0007

**ANLAGE**

Sicherheitszustand der städtischen IT-Systeme (verwaltet durch WIVERTIS GmbH -  
nachfolgend Wivertis)!

- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 09.09.2021 -

- Beschluss Nr. 70 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und  
Gesundheit vom 21.09.2021 -

### 3. 21-F-63-0016

Den Charme und Charakter der Viertel erhalten - Kneipensterben verhindern

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 02.11.2021 -

Allein in den letzten Wochen haben mit dem Winzerstübchen, dem Sherry&Port und dem Finale gleich drei beliebte Viertelkneipen in Wiesbaden ihr unfreiwilliges Ende bekannt gegeben. In allen drei Fällen gelang es nicht, sich mit dem Hauseigentümer über einen Fortbestand der Betriebe zu einigen. Trotz Unterschieden im Detail zeichnet sich ein Trend ab, der die Stadtgesellschaft hellhörig machen sollte: In der gegebenen Marktdynamik haben es nicht nur Wohnungsmieter:innen, sondern auch kleine, oft alteingesessene Gewerbebetriebe schwer. Just sie, die den Charme eines Viertels ausmachen, fallen der - von ihnen mit geprägten - Wertsteigerung zum Opfer. Ebenso wie beim inhabergeführten Einzelhandel stellt sich daher die Frage, wie die viertelprägende gastronomische Kultur in Wiesbaden geschützt und gestützt werden kann. Eine attraktive und umsatzstarke Innenstadt ist ebenso darauf angewiesen wie eine nachhaltige Quartiersentwicklung und nicht zuletzt ein gutes soziales Miteinander in der Stadt. Am Ende profitiert sogar die Immobilienbranche davon, der an einem nachhaltigen Werterhalt ihrer Immobilien in einem attraktiven urbanen Umfeld gelegen sein muss. Dass es Gesprächsbereitschaft gibt, zeigt der Besuch des Investors der Immobilie des Winzerstübchens im Ortsbeirat Mitte.

Der Ausschuss möge beschließen,

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, welche Möglichkeiten er sieht, dem Schwund viertelprägender Gaststätten entgegenzuwirken;
2. das Gespräch mit Hausbesitzern und der Immobilienwirtschaft zu suchen und einen Dialog in Gang zu bringen mit dem Ziel, eine gemeinsame Verantwortung für eine nachhaltige Quartiersentwicklung und eine attraktive Innenstadt mit breitem Nutzungsmix (vgl. Ziele Masterplan Innenstadt) zu etablieren. Dazu sollen auch andere Akteur:innen wie die DEHOGA und die IHK ins Boot geholt werden;
3. die Bildung eines Runden Tisches zur Verstetigung dieses Dialoges zu prüfen;
4. die Möglichkeit zu prüfen, ob die neu geschaffene Stelle des City Manager als Anlaufstelle auch zwischen Eigentümern und Gastronomen fungieren kann;
5. die Einführung von Vorkaufsrechtssatzungen nach dem Vorbild von Hanau zu prüfen.<sup>1</sup>
6. daraufhin zu wirken, dass der Anspruch einer nachhaltigen Stadtentwicklung im Bestand interdisziplinär und damit dezernatsübergreifend angegangen wird.
7. über die Ergebnisse der vorgenannten Punkte dem Ausschuss Bericht zu erstatten.

---

<sup>1</sup> Siehe etwa hier: <https://www.hi-heute.de/innenstadt-news/news/ein-fuellhorn-an-massnahmen-fuer-die-innenstadt-von-morgen/>  
<https://www.presse-service.de/data.aspx/static/1071629.html>  
<https://www.hanau.de/rathaus/stadtrecht/001129.html>

#### 4. 21-F-64-0007

Bildung einer gemeinsamen Destination „Wiesbaden Rheingau“

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis90/ Die Grünen und Die Linke vom 02.11.2021 -

Die Stadt Wiesbaden und der Rheingau erarbeiten gemeinsam Konzepte für die Zukunft des Tourismus in der Region und streben eine engere Kooperation an. So soll auf Grundlage des Tourismuspolitischen Handlungsrahmens Hessen eine gemeinsame Destination gebildet werden, die eine stärkere institutionalisierte und verbindliche Zusammenarbeit einschließt. Dazu wird oder wurde laut Mitteilung der Stadt vom 19. Mai 2021 ein Antrag eingereicht. Im Rheingau ist inzwischen ein „Beirat für Tourismus“ gebildet worden. Der Beirat zählt aktuell 13 Mitglieder aus dem ganzen Rheingau.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu erläutern,

- ob es Überlegungen aus dem Magistrat gibt, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden dem bereits im Rheingau gebildeten „Beirat für Tourismus“ beitrifft?
- welche Ziele in dem gemeinsamen Antrag von Wiesbaden und dem Rheingau als Destination hinterlegt sind?
- welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die Zusammenarbeit zu stärken und welche Strukturen dafür etabliert werden sollen.
- welche neuen Fördermöglichkeiten sich aus der Bildung der Destination ergeben.

#### 5. 21-F-55-0049

Bandbreitenproblematik in den Fraktionsräumen im Rathaus

- Antrag der Fraktion Die Linke vom 03.11.2021 -

Die Fraktion DIE LINKE stellt immer wieder fest, dass die Internetverbindung in den Fraktionsbüros, mit dem von der Stadt zur Verfügung gestellten mobilen Endgeräten, überwiegend sehr langsam funktioniert. Vor allem in Videokonferenzen kommt es oft zu Verbindungszusammenbrüchen, Bild- und Tonstörungen. Dadurch wird das Arbeiten stark beeinträchtigt.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen:

Inwieweit eine bessere und leistungsstärkere Lösung mit dem Internetanbieter im Haus gefunden werden kann.

## 6. 21-F-77-0002

Smart City Index 2021: Nachholbedarf bei digitaler Gesellschaft in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Volt, CDU, Bündnis90/Die Grünen, SPD, FDP und Die Linke

Im kürzlich erschienenen Smart City Index des Branchenverbandes Bitkom belegt Wiesbaden den 25. Platz der deutschen Städte im Digitalisierungsranking. Hierbei hat sich die Stadt um 3 Positionen im Vergleich zu 2020 verbessert. Eine Verbesserung ist jedoch nicht in allen Kategorien des Smart City Index zu finden.

In den Bereichen IT und Kommunikation, Mobilität und digitale Gesellschaft hat sich die Bewertung im Vergleich mit den anderen Städten stark verschlechtert oder ist gleich geblieben. Insbesondere im Punkt der digitalen Gesellschaft ist Wiesbaden um 15 Positionen nach unten abgerutscht und liegt nun auf Rang 57 von 81. Um die Digitalisierung voranzutreiben, ist es zwingend notwendig, dass die Gesellschaft auf diesem Weg mitgenommen wird und die Menschen auch in ihrem Alltag die positiven gesellschaftlichen Effekte der Digitalisierung erleben.

Bei genauerer Betrachtung fällt auf, dass im Bereich der digitalen Gesellschaft insgesamt großer Nachholbedarf im Bereich Open-Data-Portal (0 von 100 Punkten), Pilotprojekte Gesellschaft (10 von 100 Punkten) sowie der Digital-Szene (22.3 von 100 Punkten) zu finden sind.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

I. Der Magistrat wird gebeten

1. den Bericht zum Beschluss Nr. 0014 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 11. Mai 2021 zeitnah vorzulegen.
2. ein Konzept für ein Open-Data-Portal zu entwickeln. Dieses soll u.a. beschreiben welche Daten verfügbar sind, welche Daten zu welchem Zweck veröffentlicht werden können und wer hierzu Zugang erhalten kann.

II. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten:

1. Welche (Pilot-)Projekte in den Bereichen IT und Kommunikation, Mobilität sowie digitale Gesellschaft bisher durchgeführt wurden,
2. welche weiteren Projekte in den verschiedenen Bereichen und Kategorien des Smart City Indexes denkbar sind,
3. welche Auswirkungen das Projekt "Smart City 2030 - Wiesbaden goes smart" auf die verschiedenen Bereiche des Smart City Indexes haben kann,
4. wie weit die Planungen und Vorbereitungen für das Smart City Förderprogramm bisher fortgeschritten, welche die nächsten Schritte sein werden, welche Gespräche mit verschiedenen Stakeholdern bisher geführt wurden und wann ersten Ergebnissen und Projekten zu rechnen ist,
5. welche weiteren Fördermittel und Förderprogramme im Bereich der Digitalisierung existieren?
6. ob "digitale" Städtepartnerschaften mit besonders vorbildlichen und digitalen europäischen Kommunen zum besseren Austausch von Best Practices vorstellbar sind, welche Kommunen hierfür besonders in Frage kommen könnten und wie eine digitale Städtepartnerschaft aussehen könnte.

## 7. 21-F-84-0001

Open Data Nutzung zur Parkplatzbelegung in Wiesbadener Parkhäusern

- Antrag der Fraktionen Volt, CDU, FDP und Die Linke vom 03.11.2021 -

Das Parkleitsystem der Stadt Wiesbaden weist Parkplatzsuchenden den Weg. Neben den Anzeigetafeln in der Stadt, werden freie Parkplätze von insgesamt 14 Parkhäusern auf der Homepage der Stadt Wiesbaden angezeigt. Durch klicken auf das jeweilige Parkhausymbol auf einem Stadtplan wird für das zugehörige Parkhaus die Belegung angezeigt.

Im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung ist eine Verknüpfung dieser Daten mit einer App von Vorteil, da sich Nutzer\*innen einen schnellen Überblick über freie Parkplätze in den Parkhäusern verschaffen könnten. Über eine Open Data Strategie besteht die Möglichkeit bestehende Parkplatzdaten bereits bestehenden Apps zur Verfügung zu stellen.

Ein gutes Beispiel ist die App „Parken DD“. Sie zeigt die Parksituation verschiedener Städte. Momentan werden Dresden, Ingolstadt, Zürich, Basel und Hamburg unterstützt. Eine Programmiererweiterung für Wiesbaden zu Parken DD wurde bereits durch einen Wiesbadener Bürger geschrieben. Zwei Jahre lang konnten Nutzer\*innen sich so freie Parkplätze in Wiesbadener Parkhäusern anzeigen lassen. Seit Juni 2021 können die Wiesbadener Daten in der App „Parken DD“ die Parkplatzsituation aufgrund eines fehlenden Zugangs zu Open Data nicht mehr abbilden.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten und zu prüfen:

1. Warum die Daten zur Parkplatzbelegung in Wiesbadener Parkhäusern nicht mehr als Open Data zur Verfügung gestellt werden?
2. Ob die Daten zur Parkplatzbelegung in Wiesbadener Parkhäusern wieder als Open Data zur Verfügung gestellt werden können? Falls ja, ab wann?
3. Ob weitere Verkehrsdaten vergleichbar wie bei der Frankfurter Plattform „mainziel“ veröffentlicht und zur Verfügung gestellt werden können?

## 8. 21-F-60-0002

**ANLAGE**

Sondernutzungsgebühren für den Wiesbadener Einzelhandel gerecht und einfach gestalten

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Volt vom 11.05.2021-

- Beschluss Nr. 78 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 21.09.2021 -

## 9. 21-F-74-0002

**ANLAGE**

Alternativantrag zu den Anträgen Nr. 21-F-20-0036 "Zusätzliche Außengastronomie-Flächen weiterhin ermöglichen" sowie Nr. 21-F-67-0017 "Langfristige Öffnung vermehrter Außenflächen für die Gastronomie" der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 21.09.2021

- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, Volt und BWL/ULW/BIG vom 21.09.2021 -

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 376 vom 30.09.2021 -

**10. 21-A-83-0005**

Sachstandsbericht des Citymanagers

**11. 21-A-83-0001**

Aktueller Sachstandsbericht zum Coronavirus/COVID-19

**12. 21-A-83-0002**

Aktuelles aus dem Fachbereich Wirtschaftsförderung

**13. 21-F-20-0016**

**ANLAGE**

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung bei öffentlicher Auftragsvergabe bekämpfen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 29.06.2021 -
- Beschluss Nr. 71 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 21.09.2021 -
- Festlegung weiteres Vorgehen -

**14. Verschiedenes**

**Tagesordnung II**

**1. 18-F-08-0066**

**ANLAGE**

WLAN im ÖPNV

- Antrag von L&P vom 28.11.2018 -
- Bericht des Dezernates V vom 16.07.2021 -

**2. 21-F-20-0005**

**ANLAGE**

Ausfall der Schuleingangsuntersuchungen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 05.05.2021 -
- Bericht des Dezernates II vom 20.10.2021 -

**3. 21-F-20-0034** **ANLAGE**

Kostenloses ÖPNV-Ticket für den Advent

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.09.2021 -
- Bericht des Dezernates II vom 19.10.2021 -
- Bericht des Dezernates V vom 26.10.2021 -

*- Zu dem Bericht des Dezernates V vom 26.10.2021 berät der Magistrat voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 09.11.2021 -*

**4. 21-F-20-0035** **DL 40/21-3**

Bericht zum Mietzuschuss für Gründerinnen und Gründer

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 15.09.2021 -
- Bericht des Dezernates II vom 06.10.2021 -

**5. 21-F-67-0013** **ANLAGE**

Fazit der Weinprobierstände an Kranzplatz und Kurhaus-Kolonnaden sowie des Weinsommer der Städtepartnerschaften

- Antrag der Fraktionen von CDU, FDP, Volt und BLW/ULW/BIG vom 15.09.2021 -
- Bericht des Dezernates II vom 20.10.2021 -

**6. 21-F-67-0014** **ANLAGE**

Verlängerte Öffnungszeiten und ein zusätzlicher Weinmarkt für den Wochenmarkt

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Volt und BWL/ULW/BIG vom 15.09.2021 -
- Bericht des Dezernates II vom 20.10.2021 -

**7. 21-F-67-0015** **ANLAGE**

Facebook-Auftritte von öffentlichen Stellen der Stadt

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP, Volt und BWL/ULW/BIG vom 15.09.2021 -
- Bericht des Dezernates I vom 25.10.2021 -

**8. 21-V-02-8007** **DL 40/21-4, 08/21-6 , 07/21-6**

Das RheinRad Wiesbaden

**9. 21-V-02-8018**

**DL 41/21-1**

Förderprogramm des Landes Hessen "Zukunft Innenstadt"

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der  
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte  
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Rottloff  
Vorsitzender